

# Pressemitteilung



**125. Deutscher Ärztetag**

## **Cannabis-Legalisierung: Ärzteschaft warnt vor Risiken und fordert Präventionsprogramm für junge Menschen**

**Pressestelle der  
deutschen Ärzteschaft**

Herbert-Lewin-Platz 1  
10623 Berlin

**Berlin, 03.11.2021** – Der 125. Deutsche Ärztetag hat vor den möglichen Risiken einer Cannabis-Legalisierung gewarnt. Erfahrungen aus anderen Ländern deuteten auf einen erhöhten Konsum, mehr cannabisbedingte Notaufnahmen und einen steigenden psychiatrischen Behandlungsbedarf hin. Auch seien nach einer Freigabe mehr Suizide und tödliche Verkehrsunfälle zu erwarten. Dagegen gelinge es nur bedingt, den Schwarzmarkt auszutrocknen. Das zeige der Blick nach Kanada, wo Erwachsene seit 2018 Cannabis in lizenzierten Shops kaufen können. Trotzdem deckten die Konsumenten etwa 35 Prozent ihres Bedarfs weiterhin über illegale Quellen. Insbesondere jüngere Konsumentengruppen wichen auf günstigere Schwarzmarktprodukte aus.

In einem weiteren Antrag forderte die Ärzteschaft, den Besitz von Betäubungsmitteln in geringfügigen Mengen vom Straftatbestand zu einer Ordnungswidrigkeit herabzustufen. Junge Menschen, Erst- und Gelegenheitskonsumierende dürften nicht in die Illegalität gedrängt werden, so die Begründung. „Betroffenen soll die Möglichkeit gegeben werden, sich frühzeitig in Beratung und bei Bedarf zeitnah in eine suchtherapeutische Behandlung zu begeben“, heißt es in dem Antrag weiter. Eine Expertenkommission solle Vorschläge für geeignete Beratungs- und Therapieketten sowie einen angemessenen Sanktionskatalog entwickeln. Zudem solle die künftige Bundesregierung ein Präventionsprogramm für Jugendliche unter Mitwirkung der zuständigen wissenschaftlichen Fachgesellschaften erarbeiten und gesetzlich verankern.

Diese Pressemitteilung finden Sie auch im Internet unter [www.bundesaerztekammer.de](http://www.bundesaerztekammer.de)

Ansprechpartner:  
Alexander Dückers  
Samir Rabbata  
Tel. (030) 40 04 56-700  
Fax (030) 40 04 56-707  
[www.baek.de](http://www.baek.de)  
[presse@baek.de](mailto:presse@baek.de)

Der Umgang mit größeren Mengen über den eigenen Gebrauch hinaus sowie der Handel und die Anstiftung von Kindern und Jugendlichen zum Drogenkonsum sollen weiterhin vom Gesetz als Straftat verfolgt werden.

Darüber hinaus forderte der Deutsche Ärztetag den Bund dazu auf, ein Forschungsprogramm zu möglichen Indikationen, Wirkungen und Nebenwirkungen des medizinischen Einsatzes von Cannabis aufzulegen. Dies sei aufgrund der unzureichenden Studienlage dringend erforderlich, um Ärzten mehr Sicherheit bei der Verschreibung und Patienten bei der Einnahme entsprechender Medikamente zu geben.